

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bernhard Henter und Arnold Schmitt (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Bewilligungspraxis beim Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 bis 2013

Die **Kleine Anfrage 2321** vom 13. Mai 2014 hat folgenden Wortlaut:

Mit Schreiben vom 22. April 2014 informierte das Landesjugendamt die zuständigen Verwaltungen über den aktuellen Sachstand der vorgesehenen Bewilligungen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes.

Diesem Schreiben ist zu entnehmen, dass im Bereich des Jugendamtes Trier-Saarburg für mehrere Baumaßnahmen, so die Kindertagesstätten Fisch, St. Martin, Nittel und die Integrative Kindertagesstätte der Lebenshilfe in Schweich, für die bereits 2013 Anträge gestellt wurden, als „Bewilligungsjahr 2015“ – zahlbar in: „wird im Bescheid genannt“ genannt werden.

Sollte die Bewilligung dieser Maßnahmen erst im Jahr 2015 erfolgen, ohne dass vorher erkennbar ist, wann die Auszahlung dieser Zuwendung erfolgen soll, verbleibt für die Maßnahmenträger ein hohes Finanzierungsrisiko, da sie diese Maßnahme vorfinanzieren müssten. Diese Haltung des Landes wird heftig kritisiert und als völlig intransparent angesehen, da hier die Kommunen und Bauträger im Unklaren gelassen werden. Weiterhin wird die Kritik laut, dass die massive Verzögerung beim U3-Ausbau zu Lasten der Familien gehe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die vorstehend geschilderte Situation der betroffenen Kommunen, denen teilweise bereits vor vielen Monaten ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn genehmigt wurde, die jedoch jetzt erst mit einer Bewilligung im Jahr 2015 rechnen können und hinsichtlich der Auszahlungsmodalitäten im Unklaren gelassen werden?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der betroffenen Kommunen, dass diese Vorgehensweise als wenig transparent anzusehen ist?
3. Ist der Landesregierung die finanzielle Problemlage der Kommunen bekannt und wie bewertet sie diese?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass diese absolut unbefriedigende Förderpraxis des Landes es den Trägern immens schwer macht, den Rechtsanspruch vor Ort einzuhalten, oder ist dies hier eventuell mit der Absicht verbunden, die Kommunen quasi zu zwingen, den gesetzlichen Anspruch beim U3-Ausbau nicht erfüllen zu können?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Juni 2014 wie folgt beantwortet:

Das Land unterstützt die für den U3-Ausbau zuständigen Kommunen. Zum 31. Dezember 2013 lagen dem Landesamt für Soziales und Versorgung (LSJV) insgesamt 496 Anträge auf Investitionskostenzuschüsse vor. Seit Januar bis Mitte Mai 2014 wurde bereits rund die Hälfte der Anträge bewilligt.

Die Bewilligung der Anträge hängt von verschiedenen Faktoren, wie z. B. der Bewilligungsreife und zur Verfügung stehender Haushaltsmittel, ab. In einer Vielzahl der Fälle wurden allerdings Anträge vorgelegt, welche die notwendigen Voraussetzungen zur Bewilligung nicht erfüllen. In solchen Fällen erhalten die Antragsteller Zeit, um fehlende Unterlagen – wie beispielsweise baufachliche Stellungnahmen oder vollständige Finanzierungspläne – vorzulegen. Dies dauert in der Regel mehrere Monate. Um keine unangemessene Verzögerung beim Ausbau entstehen zu lassen, wurde in diesen Fällen ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn gestattet. So konnten die Kommunen ihrer Aufgabe nach einem bedarfsgerechten Ausbau zeitnah nachkommen.

b. w.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Trotz der zum Ende des Jahres eingegangenen enormen Zahl an Anträgen hat das LSJV alle Jugendämter darüber informiert, wann die in ihrem Bezirk liegenden Maßnahmen mit einer Bewilligung rechnen können. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass die Kommunen frühzeitig Planungssicherheit für die einzelnen Maßnahmen erhalten.

Aus dem Jahr 2013 liegen dem LSJV zwölf Anträge aus Trier-Saarburg mit einer geplanten Förderung durch das Land von insgesamt 1 297 000 € vor. Hiervon wurden bzw. werden in diesem Jahr neun Maßnahmen bewilligt. Zwei Maßnahmen (Kindertagesstätte Fisch und St. Martin) werden im Jahr 2015 bewilligt. Der Antrag der Integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe in Schweich hat eine Bewilligungsreife noch nicht erreicht.

Zu Frage 2:

Nein.

Zu Frage 3:

Der Landesregierung ist die unterschiedliche finanzielle Lage der Kommunen bekannt. Die Einnahmen von kommunalen Haushalten schwanken oft stark.

Das Land hat mit der Reform des Landesfinanzausgleichsgesetzes einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der kommunalen Haushalte geleistet. Darüber hinaus führen die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs insgesamt sowie die aktuelle Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen zu einer effektiven und deutlichen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Neben dem Land müssen auch die Kommunen ihren Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Haushalte leisten.

Zu Frage 4:

Nein. Auf die Vorbemerkung wird hingewiesen.

Irene Alt  
Staatsministerin